

Nach der Konferenz von Genua

Die erste Universalkonferenz der europäischen Staaten ist beendet. Ob sie ein Erfolg oder ein Fehlschlag gewesen ist, wird heute nicht zu entscheiden sein. Man mag mit einigem Aufwand an Dialektik und Vergeßlichkeit diese oder jene These verteidigen; wir wenigstens wollen uns darüber klar sein, daß die Wahl der These im wesentlichen von eignen Wünschen, Vorurteilen und Absichten abhängen muß, solange der Gang der Dinge nicht herausgestellt hat, was von den großmütigen Entschließungen, feierlichen Versprechungen und augurenhaften Gesten zur politischen Wirklichkeit werden wird. Die in Genua versammelten Staatsmänner, ihre Gehilfen und ihre Ratgeber werden sich darüber nicht täuschen, daß die Bewertung ihrer Worte und Taten nicht weniger unter den Wirkungen einer gewissen Inflation zu leiden hat als die Bewertung der Valuten. Es ist auch in der internationalen Politik zu viel Papier im Umlauf und der Versuch einer Kontraktion dieses Umlaufs ist auch dort so schmerzhaft und gefährlich, daß man sich vielleicht erst dann dazu verstehen wird, wenn es zu spät ist. Frankreich kennt besser als irgendein Land den heillosen Zustand des Aufwachens aus einer anarchischen Assignatenwirtschaft und versucht daher, die Geltung seiner Staatsmänner vor solchem Erwachen der Wählerschaft mit verzweifelter Hartnäckigkeit und ganz untauglichen Mitteln zu schützen. Aber auch in England und in den Vereinigten Staaten, von Belgien zu schweigen, ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, bis man sich doch zu der radikalen Bilanzreinigung entschließen wird, die die erste Vorbedingung für den Aufbau ist. Es scheint, daß Lloyd George selber seinem Lande ein paar Schritte voraus ist. Aber gerade hier eröffnet sich eines jener Probleme, an denen die Genueser Konferenz so reich ist: in demselben Maß, in dem der englische Premier durch sein taktisches Genie und die Unerschöpflichkeit seiner rednerischen Ressourcen in Genua an europäischem Ansehen gewonnen hat, scheint er im eigenen Lande an Gefolgschaft weiter verloren zu haben. Die von ihm angedeutete Möglichkeit eines Bruchs der Entente hat ihm die konservativen und halbkonservativen Elemente entfremdet, die eine stetige englische Politik nur auf der Grundlage eines dauernden Einvernehmens mit Frankreich für möglich halten und die sich schon mit der improvisierenden Art, in der die Genueser Konferenz geplant und in Szene gesetzt wurde, nicht gerne abgefunden hatten. Es ist bezeichnend, daß auch das Blatt, das man als Organ der Londoner City anzusehen pflegt, der „Economist“, dieser Opposition nahe zu stehen scheint.

Ein ähnliches Verhältnis: Gewinn auf der einen Seite, dem auf der anderen Seite ein ebenso großer Schaden entspricht, ist nicht nur bei Lloyd George vorhanden, und vielleicht ist dies das sicherste Ergebnis der Konferenz, daß sie zwar keines der großen Zentralprobleme gelöst, die Schwierigkeiten der Lösung aber mit grausamerer Deutlichkeit hat heraustreten lassen als es in den undurchsichtigen Sonderverhandlungen der letzten Jahre möglich war. Die wirkenden Kräfte haben sich nackter, unabwendbarer und eindeutiger als je an der Oberfläche gezeigt. Man kann sie von neuem bemänteln, aber man kann diesen Augenblick nicht aus der Zeitgeschichte streichen, in dem die wirtschaftlichen Triebkräfte aller heutigen europäischen Politik bloßgelegt waren: Arbeitslosigkeit und Staatsgläubigerinteressen, Petroleum- und Holzkonzessionen, Rohstoffbeschaffung und Absatzmärkte.

Dies anerkennen, bedeutet nicht, sich dem Dogma des „historischen Materialismus“ zu verschreiben. Nicht jede

Epoche wird am stärksten in ihrem Geist und Staat durch wirtschaftliche Interessen bestimmt, wohl aber die unsrige, soweit sie durch die Personen und Handlungen der Öffentlichkeit vertreten wird. Sie wäre höchst erschrocken, wenn ein Staatsmann ihr ein anderes Prinzip der Gestaltung aufzwingen wollte, das nicht mit der höchsten Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität vereinbar wäre. Arbeiterschaft und Unternehmertum sind hier durchaus einer Meinung, und was Tschitscherin in marxistischen Formeln sagt, spricht Rathenau im gleichen Geiste aus, wenn er mit einer Variation eines (oft mißverständenen) Napoleonwortes ausruft: „Die Wirtschaft ist das Schicksal.“

Auch die französische Politik macht, wie auch der Augenschein dem widersprechen möge, von dieser Regel keine Ausnahme. Es scheint zwar, daß sich hier staatliche, militärische, außer- und gegenwirtschaftliche Kräfte gegen den Übergang zu einer Politik der Verständigung einsetzen, die allein den Interessen der universalen wirtschaftlichen Verflechtung gemäß wäre — aber es scheint eben nur. Die französische Wirtschaft ist anders geartet als die Englands, Deutschlands und Nordamerikas. Ihre wichtigsten Figuren sind nicht der Industrielle des Textilbezirks und der Händler der Seestädte wie in England, der gewerbliche und kaufmännische Unternehmer und der kapitalistisch denkende Landwirt wie in Deutschland, sondern der Kleinbauer und der Finanzier. Jener will Sicherheit und Renten, dieser will immer neue Quellen von Finanzierungsgewinnen. Jener aber ist Objekt, dieser Subjekt der Politik. Er hält in jenem die Furcht wach vor bolschewistischen Eigentumserschütterungen und deutschen Heeresinvasionen und nährt die Hoffnung auf deutsche und russische Zahlungen, die doch sofort in neue militärische Abenteuer gesteckt werden würden, statt die Produktivität des Landes steigern zu helfen. Dies liegt im Wesen der französischen Wirtschaft, die hierin dem römischen Kapitalismus näher steht als dem anglo-deutschen. Die Rolle, die dort die Steuerpächter spielten, die in den Provinzen nach finanziellen Gewinnquellen suchten, fällt in Frankreich den Großbanken zu, die nicht in der Finanzierung der heimischen Industrie den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit finden, sondern durchaus in Auslandsgeschäften. Diese aber sind am gewinnbringendsten in politisch abhängigen Ländern, und so gehört Ausdehnungs- und Prestigepolitik in ganz anderem Maß zu den Erfordernissen der französischen Wirtschaft, als in den Ländern, in denen nicht die Bedürfnisse der Haute Finance, sondern des Industriellen und Kaufmanns das Gesicht der Wirtschaft bestimmen. Daß neben den Banques d'Affaires auch einige französische Industrieverbände erheblichen Einfluß auf den Gang der Politik üben, ist bekannt. Doch befinden sich hier die Industriellen durchaus im Schatten der Emissionsbanken, und schon die Herrschaft dieser Banken über die großen Tageszeitungen zeigt an, wer der Geführte und wer der Führende ist.

Wäre es anders, so wäre das Verhalten der französischen Politik sowohl gegen Rußland in Sachen der Vorkriegsschulden wie gegen Deutschland in Sachen der Reparationszahlungen schwer verständlich. Sieht man das russische Problem vom Standpunkt des französischen Industriellen an, der einen neuen Markt erobern will, so ist nicht zu begreifen, daß lange, kostspielige und mühevollere Verhandlungen über Schulden geführt werden müssen, an deren Bezahlung in absehbarer Zeit kein Kenner der Verhältnisse glauben wird. Für den Industriellen ist es wichtig, früher als die Mitbewerber und mit geringer

Belastung durch nationale Abneigungen und unliebsame Erinnerungen auf dem Plan erscheinen zu können. Dem steht aber in Frankreich die Politik der Emissionsbanken gegenüber, die die russischen Werte in Frankreich eingeführt und den französischen Sparer systematisch zur Anlage seiner Kapitalien in diesen Papieren verleitet haben. Versagt der französische Druck auf Rußland, so bedeutet das für die Pariser Banques d'Affaires eine sehr schwere Schädigung ihres Prestiges. Die französische Volkswirtschaft wird die Verluste der vor dem Krieg in Rußland angelegten Kapitalien unschwer verschmerzen: die Emissionsbanken nicht.

Ähnlich steht es mit der Interessenlagerung in der Reparationsangelegenheit. Die französische Volkswirtschaft als Ganzes hat kein Interesse an überhohen Reparationslasten, die den Markkurs an die Grenze der Zerrüttung treiben, Deutschland als Käufer auf dem Weltmarkt ausschalten, als Verkäufer zum Dumping zwingen und das dunkle Feuer des Revanchewillens mit jedem Jahre stärker schüren. Das französische Budget ist mit Energie und Geschick auch ohne große deutsche Leistungen unschwer in Ordnung zu bringen, wenn Frankreich eine Politik der Sicherungen aufgibt, die nur neue Gefahren schaffen und damit das Bedürfnis nach immer neuen, immer kostspieligeren Sicherungen im Schoße tragen. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs wäre bald beendet, wenn nicht die Gewinnabsichten der Bauunternehmer neue Verwicklungen schufen. Daß es in Frankreich an Kapital nicht mangelt, zeigt die Behauptung, daß ein erheblicher Teil der deutschen Reparationsanleihe von Frankreich gezeichnet werden würde.

Dennoch scheint uns die rigide Reparationspolitik Frankreichs nicht nur und nicht leßten Endes von militär- und natio-

nalpolitischen und nicht nur, soweit es sich um Besetzung des Ruhrgebiets handelt, von industriepolitischen Tendenzen bestimmt. Es ist wiederum die französische Finanzoligarchie, deren Interessen nicht mit denen der Gesamtwirtschaft übereinstimmen. Die Emissionsbanken, die ganz überwiegend ausländische Werte emittieren, brauchen einen höheren Frankenkurs um einen Teil ihres Prestiges und ihres Terrains wieder zu erobern. Sie können diese Kurssteigerung nur durch sehr erhebliche Tribute Deutschlands erreichen. Sie dürfen ferner hoffen, an einer riesenhaften Anleihe, durch die die deutsche Schuld mobilisiert werden soll, ebenso riesenhafte Provisionen zu verdienen. Und sie werden vermutlich glauben, daß bei der Erweiterung der französischen Besatzungszone, zumal ins Industriegebiet, für sie außerordentliche Gewinnmöglichkeiten entstehen, die für den Verlust der anderen Chancen wenigstens einigermaßen entschädigen können. Daß sie in Beziehungen zu den französischen Rüstungsindustrien stehen, wird ebenfalls angenommen werden können.

Es erscheint uns fraglich, ob sich eine französische Politik der Intransigenz ohne die Stützen dieser übermächtigen Finanzinteressen auf die Dauer behaupten könnte. Sie werden ihr Spiel nicht ohne schweren Kampf aufgeben. Denn sie wissen, daß es um ihre Herrschaft selber geht. Daß die Wahlen gegen sie entscheiden werden, ist bei der Größe ihrer Mittel nicht sehr wahrscheinlich. So lautet die europäische Frage heute, ob die führenden Männer der englischen und amerikanischen Hochfinanz imstande sein werden, den ungemein fähigen Leitern der Pariser Banques d'Affaires ihren Willen aufzuerlegen.

Kurt Singer

Deutschlands Außenhandel im ersten Vierteljahr 1922

Der deutsche Außenhandel schloß im 1. Vierteljahr 1922 mit einem Einfuhrüberschuß der Mengen von 5,0 Mill. dz und einem Ausfuhrüberschuß der Werte von 1634 Mill. \mathcal{M} ab. An diesen Vierteljahrssummen betrachtet, könnte die Handelsbilanz leicht als günstig angesehen werden: Einfuhrüberschuß der Mengen bei Ausfuhrüberschuß der Werte deutet auf einen starken Bezug von Rohstoffen und guten Absatz von Fertigfabrikaten hin, beides vereint ein Zeichen gesunder Volkswirtschaft. Die Vierteljahrzahlen täuschen jedoch; die Monatsbilanzen ergeben, einzeln betrachtet, ein wesentlich anderes Bild. Im Januar war der Außenhandel nach Mengen passiv mit 2,8 Mill. dz, nach Werten aktiv mit 1755 Mill. \mathcal{M} , im Februar nach Mengen aktiv mit 2,7 Mill. dz, nach Werten ebenfalls aktiv mit 1493 Mill. \mathcal{M} . Für die Monate Januar und Februar zusammen ergibt sich daraus ein geringer Einfuhrüberschuß der Mengen von 0,1 Mill. dz, und ein Ausfuhrüberschuß der Werte von 3248 Mill. \mathcal{M} . Diese Zahlen deuten bei einem Lande wie Deutschland, das für seine Industrie nicht genügend Rohstoffe und für seine Ernährung nicht genügend Lebensmittel erzeugt, auf einen Ausverkauf in großem Umfange hin, der bei längerem Anhalten, notwendigerweise zu einer Stagnation und Krise der inländischen Industrie führen müßte. Die Aktivität der Handelsbilanz kann also unter dieser Form nicht den von ihr erhofften Segen bringen. — Die Tendenz zur Aktivität zeigte sich in einer ziemlich deutlichen Bewegung, die im November 1921 einsetzte. Im Oktober hatte die seit langem bestehende Passivität sowohl in den Mengen als auch in den Werten ihren Höchststand mit 10,3 Mill. dz, bzw. 4164 Mill. \mathcal{M} erreicht. Sie war die Folge der durch den einsetzenden Marksturzhervorgegerufenen Eindeckungs- und Spe-

kulationskäufe. Besonders die Lebensmitteleinfuhr war beträchtlich gestiegen. Der immer weiter sinkende Kurs der Mark, hielt in der Folge einerseits die Importeure von weiteren Einkäufen in starkem Maße zurück, während er andererseits den Export anregte, ohne ihn allerdings mengenmäßig zu steigern. Wir sehen daher den Einfuhrüberschuß der Mengen von 10,3 Mill. dz im Oktober, auf 6,3 im November und 1,6 im Dezember fallen; gleichzeitig erniedrigte sich der Einfuhrüberschuß der Werte von 4164 Mill. \mathcal{M} im Oktober auf 366 Mill. \mathcal{M} im November, während der Dezember bereits einen Ausfuhrüberschuß von 847 Mill. \mathcal{M} aufwies. Im Januar stieg die Einfuhrmenge noch einmal stärker als die der Ausfuhr, jedoch zeigt der Februar, das Endglied dieser Kette, nunmehr zum ersten Mal auf beiden Seiten ein Aktivsaldo: bei etwa gleichbleibenden Werten waren die Mengen beträchtlich gesunken, in der Einfuhr von 23,1 auf 14,8 Mill. dz, d. h. um 36%, in der Ausfuhr aber nur von 20,3 auf 17,5 Mill. dz, d. h. um 14%. Daß diese Einschränkung der Einfuhr, sich auf die Dauer nicht behaupten konnte, war vorauszusehen. Die Nachfrage nach Auslandsware mußte wieder einsetzen, wenn eine Knappheit an Lebensmitteln und eine Krise der Produktion vermieden werden sollte. Der Umschwung trat im März ein, wenn auch nicht ganz in der eben angedeuteten Art, indem wohl Rohstoffe, nicht aber oder weniger Lebensmittel verstärkt eingeführt wurden. Die Einfuhr der Mengen stieg von 14,8 im Februar auf 26,4 Mill. dz, d. h. um 81%, die Ausfuhr von 17,5 auf 21,5 Mill. dz, d. h. um 23%. Gleichzeitig stieg in den Werten die Einfuhr von 12 047 auf 22 919 Mill. \mathcal{M} , d. h. um 90%, die Ausfuhr von 14 540 auf 21 285 Mill. \mathcal{M} , d. h. um 47%. — Über die Weiterentwicklung des deutschen Außen-